

24.02.2014

Niederschrift

Ausschuss für Kultur und Partnerschaften

am 27.01.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Peter Dörner

Kreistagmitglieder SPD

Herr Bernd Engelhardt

Herr Hartmut Ganzke

Frau Christine Hupe

Herr Dirk Kolar

Frau Ingrid Kroll

Frau Brunhilde Weinhold

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Rainer Tappe

Kreistagmitglieder CDU

Herr Michael Blandowski

Frau Marlies Deppe

Herr Jörg-Uwe Ebner

Herr Dipl. Ing. Wilfried Feldmann

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Karl Marek

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Schneider

anwesend bis 17.05 Uhr

Frau Barbara Streich

anwesend ab 17.05 Uhr

Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hartmut Hegewald-Gnad

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Dr. Roland Giller

Herr David Thomas Karnas

Kreistagmitglieder DIE LINKE.

Frau Jana Müller-Simdorn

Kreistagmitglieder FWG

Herr Helmut Stalz

Kreistagmitglieder GFL

Herr Helmut Rosenkranz

Gäste

Herr Horst Müller-Baß, Beigeordneter der Stadt Lünen

Herr Uwe Wortmann, Leiter des Kulturbüros der Stadt Lünen

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor

Herr Thomas Hengstenberg, Fachbereichsleiter

Frau Cornelia Wagner, Schriftführerin

Herr Dörner begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | | Vorstellung der Kreisserie des Theaterprogramms im Heinz-Hilpert-Theater Lünen -
Berichterstattung durch die Kulturverwaltung Lünen |
| Punkt 3 | 001/14 | Vergabe von Mitteln der allgemeinen Kulturförderung |
| Punkt 4 | 216/13 | Beitritt des Kreises Unna als Kulturpartner in den Verein "Kulturloge Ruhr e.V." |
| Punkt 5 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|--|
| Punkt 6 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|--|--|

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
|----------------|--|---|

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

- | | | |
|----------------|--|--|
| Punkt 2 | | Vorstellung der Kreisserie des Theaterprogramms im Heinz-Hilpert-Theater
Lünen - Berichterstattung durch die Kulturverwaltung Lünen |
|----------------|--|--|

Erörterung

Herr Dr. Wilk bezieht sich zu Beginn auf eine Presseberichterstattung des Hellweger Anzeiger vom 11.01.2014, die ihn hellhörig gemacht habe. Seine Befürchtung sei, dass diese dazu führen könne, bei den

Lesern einen falschen Eindruck zu hinterlassen, denn der Bericht schlage auf mit: „Abo-Zahlen sinken teils massiv! Muss das Konzept geändert werden? Wie viel Theater kann sich Lünen leisten?“

Danach habe er sich schon gefragt, was in Lünen rund um das Hilpert-Theater passiere. Schließlich müsse man berücksichtigen, dass sich der Kreis mit einem sechsstelligen Zuschussbetrag bei diesem Theater engagiere und natürlich inhaltlich großes Interesse habe. Aus diesen Gründen habe ein Vertreter der Kulturverwaltung auch die Ausschusssitzung am vergangenen Mittwoch besucht. Im Vorfeld habe Herr Dr. Wilk jedoch über die Situation mit Herrn Müller-Baß gesprochen, der klargestellt habe, dass das Ein oder Andere wohl etwas hoch aufgehängt worden wäre. Letztendlich gehe es zwar um Abo-Zahlen; Grundsätzliches werde aber nicht in Frage gestellt. In der Sitzung selbst konnte dann jedoch festgestellt werden, dass das Theater in Arbeit und Bestand keineswegs gefährdet sei. Um die rückläufigen Abo-Zahlen Sorge man sich aber schon, obwohl es sich hier um ein landesweites Phänomen handele. Über einen Punkt, so Herr Dr. Wilk, zu dem die Gäste aus Lünen hier Stellung nehmen könnten, habe er sich schon geärgert: Aus dem politischen Raum in Lünen wäre gesagt worden, dass der Kreis vielleicht einfach mehr in die Pflicht genommen werden müsse. Auch sei es problematisch, wenn beim Kreis immer so dicke Bretter zu bohren wären. Diese Aussagen, erklärt Herr Dr. Wilk, könne er heute hier so nicht unwidersprochen stehen lassen.

Als Ergebnis, beginnt Herr Müller-Baß seine Ausführungen, könne er vorwegnehmen, dass das Thema „Theater“ in der vergangenen Woche sehr positiv von den Fraktionen diskutiert worden wäre. Politik und Verwaltung ständen hinter dem Theater. Die Bezuschussung dafür sowie für den Spielbetrieb werde weiterhin erfolgen; auch habe man viel Geld z. B. in die Brandschutzsanierung gesteckt. Er wolle noch einmal darauf hinweisen, dass es sich beim Hilpert-Theater um einen der kulturellen „Leuchttürme“ handele, dass der Kreis dies ebenfalls so sehe und auch eine vertragliche Regelung darüber bestehe, dass dieser sich an der Finanzierung beteilige. Herr Müller-Baß betont, dass er weder für die vorhergehende Aussage einer Ratsvertreterin noch die danach folgende Presseberichterstattung etwas könne.

Was ihn sehr freue, wäre die positive Entwicklung in Form eines Anstiegs von 250 auf 406 Abos in der Kinder- und Jugendserie, was klar dem Förderverein zu verdanken sei, der die Stadt bei der Beschäftigung einer Theaterpädagogin mit unterstütze. Ein zweiter Punkt, den er unter kultureller Bildung verstehe, wäre nicht nur die Aufstellung des jährlichen Spielplanes, sondern auch das Angebot des aktiven Theaterspielens für Kinder- und Jugend- oder Laienspielgruppen. Nach einer Pause habe man wieder mit der Schulspielerie begonnen, in der experimentelle Stücke in kleiner, enger Atmosphäre angeboten würden, was eine positive Resonanz fände.

Nun greife er den Punkt auf, den die Presse, wie bereits von Herrn Dr. Wilk zitiert, in recht reißerischer Überschrift behandelt habe. Tatsächlich müsse man in der Reihe „Muße“ leider einen starken Rückgang verzeichnen, erläutert Herr Müller-Baß. Man dürfe aber den Rückgang der Abo-Zahlen dieser „Muße-Reihe“ dem Rückgang von Zuschauerzahlen nicht gleich setzen. Im Übrigen handele es sich beim Rückgang der Abo-Zahlen um einen bundesweiten Trend. Herr Müller-Baß erklärt die Ursachen dieses Rückgangs. Auf die Abfolge von Statements in der Presse zurückkommend, weist er darauf hin, dass man neue Wege im Marketing und in der Kommunikation, er nenne hier Facebook und Twitter, gehen wolle. Im Übrigen habe er dem Presseartikel entnommen, dass interessierte Bürgerinnen und Bürger etwas bemängelten, was, darauf bestehe er, schon längst umgesetzt werde. Er wolle aber noch einmal betonen, dass Antworten dazu gefunden werden müssten, wie man den Rückgang der Abos stoppe. Schließlich bildeten diese das Rückgrat eines jeden Theaters.

Herr Rosenkranz (GFL) weist darauf hin, dass er ebenfalls Besucher der Ausschusssitzung in Lünen gewesen sei und gibt kurz weitere Informationen dazu.

Herr Engelhardt (SPD-Fraktion) bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Dr. Wilk und geht auf die Historie der hervorragenden Zusammenarbeit Kreis Unna/Stadt Lünen bezüglich des Theaters ein. Er ruft die faire Partnerschaft in Erinnerung, besonders zu dem Zeitpunkt, als der Kreis 144.000 Euro Zuschuss garantiert hätte. In fairer Absprache hätte man sich schließlich darauf verständigt, dass der Kreis nur eine Fördersumme in Höhe von 110.000 Euro bereitstellen werde.

Herr Müller-Baß erklärt, dass, wenn im kommenden Jahr die neue Kreis-Reihe vorgestellt werde, der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften des Kreises schon jetzt herzlich eingeladen sei, die dazu stattfindende Sitzung im Hilpert-Theater durchzuführen. Vor Beginn dieser Sitzung, so schlage er vor, könne man eine Führung durch das Theater anbieten.

Herr Feldmann (CDU-Fraktion) möchte die Ausführungen von Herrn Engelhardt dahingehend ergänzen, dass er zwar bestätige, dass es wichtig sei, diese 110.000 Euro nach Lünen zu geben, aber nur dann, wenn auch Lünen garantiere, dass der Betrieb mit eigenen Mitteln weitergeführt werde. Es könne nicht sein, dass der Kreis 110.000 Euro investiere und dafür keine Gegenleistung erhalte.

Herr Dörner weist darauf hin, dass dies ja wohl vertraglich auch so vereinbart sei und sich daran nichts ändern solle. Den Hinweis darauf halte er allerdings schon für wichtig. Er wolle aber betonen, dass man die Unterstützung gerne gebe und er den Ausführungen Herrn Engelhardts dazu auch zustimme.

Bevor Herr Wortmann nun die Inhalte der Reihe vorstellt, erklärt er noch einmal, warum man mit diesem Papier in den Kulturausschuss und an die Öffentlichkeit gegangen sei. Die bundesweit rückläufigen Abos betreffend, befände man sich in Lünen in der komfortablen Lage, diese durch einen vermehrten Freiverkauf bei den Einzelveranstaltungen aufzufangen. Deshalb betone er noch einmal ausdrücklich, dass die Aussage im Presseartikel schlichtweg falsch sei. Es wäre dann darüber nachzudenken gewesen, wie man mit dem veränderten Freizeitverhalten von Menschen umgehe, wenn sich diese nicht mehr langfristig an Abos binden würden. Dies habe man getan, in dem man nun Kurz-Abos oder auch Wahl-Abos anbiete, was bedeute, dass Interessierte sich aus dem kompletten Spielplan 3er-, 5er oder 7er Abos zusammenstellen könnten. Das werde relativ gut angenommen. Um aber neue Besucher für das Theater zu gewinnen, wolle man künftig noch andere Abo-Reihen anbieten. Herr Wortmann erläutert nun im Einzelnen diese Angebote. Durch den Wegfall der Veranstaltungen der Gruppe „Liebesperlen“ verfüge man nun über zehn bis zwölf freie Wochenendveranstaltungen, die es nun anders zu besetzen gelte. Hierüber müsse man diskutieren, wobei die Frage auftauche: „Was ist das Theater? Ist es ein reiner Unterhaltungsbetrieb, der nur auf finanzielle Zahlen schaut? Kommt es auf Quote und Quantität an? Oder nutzt man die Chance, junges und zeitgenössisches Theater weiter nach vorn zu bringen?“ Diese Fragen seien mit der Politik zu diskutieren, denn es sei klar, dass sich, wenn man nicht mehr die Quantität an Zuschauern habe, der Zuschussbedarf des Theaters erhöhen werde. Der dritte Punkt, den er aufzeigen müsse, wäre, dass trotz aller Werbung, trotz 8.000 verteilter Programmhefte und 3.000 Flyer usw. offensichtliche Kommunikationsprobleme bestünden, die es zu beseitigen gelte.

Herr Wortmann geht nun kurz auf die Gegebenheiten des Theaters mit seinen recht großen Kapazitäten (760 Plätze) ein. Es handele sich um ein klassisches Gastspieltheater mit zwei klassischen Gastspielreihen. Abonnements in diesem Bereich würden meist aus gesundheitlichen oder verkehrsproblematrischen Gründen gekündigt. Nachdem man die Studioreihe wieder eingeführt hätte, gebe es nun auch eine musikalische

Kurzserie mit drei Stücken, eine Kabarett- & Co.-Serie und eine Kinderserie. Die Besucherzahlen, resümiert Herr Wortmann, beliefen sich auf rund 45.000 pro Jahr. Die Abo-Zahlen der Kreis-Serie hielten sich relativ stabil; sie bewegten sich um ca. 300 plus/minus acht Prozent. Er halte es für wichtig, dass der Kulturausschuss des Kreises darüber informiert sei, dass, betrachte man die Abos in Gänze, ca. 21 Prozent aller Abonnenten aus dem Kreis Unna, außer Lünen, kämen.

Die Kreis-Serie, erklärt Herr Wortmann weiter, werde ja, so glaube er, seit der Saison 2001/2002 vom Kreis unterstützt. Herr Wortmann verweist auf das Faltblatt, dass an die Ausschussmitglieder verteilt worden sei und das aufzeige, was er für die Saison 2014/2015 der Kreis-Serie ausgesucht habe. Dabei handele es sich um eine bunte Mischung aus dem, was klassische Theaterbesucher erwarten würden: hochwertiges Schauspiel, hochwertige Inszenierungen, bekannte Gesichter und musikalische Veranstaltungen. Kulturell Interessierte mit Migrationshintergrund seien dabei keineswegs vergessen worden. Herr Wortmann geht kurz auf Inhalte ein und zeigt sich davon überzeugt, dass man auf diese Weise auch jüngere Besucher ins Theater bekomme. Ergänzend wolle er darauf aufmerksam machen, dass man im vergangenen Jahr nur 95.000 Euro des erhaltenen Zuschusses in Anspruch genommen habe. Wenn also viele Besucher ins Theater kämen und die Betriebskosten vernünftig kalkuliert würden, werde auch der Kreiszuschuss gesenkt. Das Gesamtvolumen des Theaters betrage 1,3 Mio. Euro, während der Zuschussbedarf bei 550.000 bis 600.000 Euro liege. Abschließend sei es auch ihm ein wichtiges Anliegen, den Mitgliedern des Ausschusses das Theater in der kommenden Saison präsentieren zu dürfen.

Herr Marek (CDU-Fraktion) möchte auf die Kosten des Theaters eingehen, insbesondere auf die Betriebskosten. So sei u.a. eine Miete zu zahlen, die das Kulturbudget an die Zentrale Gebäudebewirtschaftung der Stadt Lünen abzuführen hätte. Über die Höhe dieser Mietkosten wäre ein sehr unterschiedliches Meinungsbild entstanden. Man hätte, so Herr Marek, schon ein schlechtes Gewissen, wenn man höre, dass das Theater viel zu viel Geld verbrauche. Dabei sei das Geld, das für die Miete verbraucht werde, nach seinem Dafürhalten im Verhältnis zur Einstellung zur Kultur viel zu hoch. Es müsste einmal realistisch geprüft werden, ob dieser Mietbetrag, der einen großen Teil der Betriebskosten des Theaters ausmache, nicht am Ende künstlich hochgetrieben worden sei. Vielleicht falle dieser in Wahrheit geringer aus. Er gebe zu bedenken, dass, als die Haushaltssituation in der Tat einzeln durchgerechnet worden wäre, z. B. die Kosten für Entwässerung usw., die überhaupt nichts mit den Kosten für das Theater zu tun gehabt hätten, einfach hinzugerechnet worden seien. Nachdem dies aufgefallen wäre, hätte man das an dieser Stelle umgehend eliminiert, so dass dadurch sofort 50.000 oder 100.000 Euro weniger zu Buche geschlagen hätten. Vielleicht müsse man das auch hier mal so sehen: Die Frage, ob Lünen mit dem Theater günstig oder ungünstig wäre, hänge auch davon ab, wie ehrlich und sauber beispielsweise eine solche Mietrechnung aussehe. Mietkosten, die vom Kulturbudget getragen und an die ZGL überwiesen würden nach dem Motto: Ein bisschen "linke Tasche - rechte Tasche", gingen, das wolle er hier einmal ganz bewusst sagen, immer zu Lasten der Kultur. Da müsse Fairness hinein und es müsse auch das innere Bewusstsein der Kreispolitiker sein, dass man wisse, dass die Lünener sehr dazu beitragen, dass die Zentrale Gebäudebewirtschaftung der Stadt Lünen immer plus/minus Null laufe. Er wolle das als Plädoyer für die Kulturarbeit gesehen wissen.

Für ihn, so Herr Müller-Bass, gebe es immer ein Betriebsergebnis I und ein Betriebsergebnis II. Das Betriebsergebnis I sei das, was inhaltlich dort an Arbeit geleistet werde, während die Overheadkosten von ihm gesondert gesehen würden und die er auch gesondert diskutieren wolle. Seine Einstellung, die ihm kein schlechtes Gewissen darüber mache, was man in der Kultur ausgeben, sei eine Betrachtung, die im Kreis nicht anders aussehen werde, wenn er die Gesamtaufwendungen in Lünen bedenke. Der gesamte Kultur-etat mache mit Abschreibungen der Gebäude, mit Personalkosten, mit inhaltlichem Programm ca. 1,8 Pro-

zent aus. Über was rede man also. Sicher müsse man schauen - schließlich handele es sich um freiwillige Ausgaben -, wie effizient und effektiv die Mittel eingesetzt würden. Aber das täte man ja auch in jedem Jahr.

Zurückkommend auf die Kreis-Serie erklärt Herr Engelhardt für die SPD-Fraktion, dass es für diese stets sehr wichtig sei, junge Menschen, Jugendliche und Kinder an Theater, an Kunst heranzuführen. Dieses sei ja auch von den Lünen Vertretern bei deren Ausführungen berücksichtigt worden. Er bitte nun darum, die Aktivitäten diesbezüglich zu präzisieren, um einen besseren Eindruck zu erhalten.

Herr Wortmann weist in seiner Stellungnahme dazu darauf hin, dass man das, was mit Hilfe des Fördervereins geleistet werde, aus eigenen, personellen und finanziellen Ressourcen gar nicht schaffen könne. Es erfolge also eine enge Zusammenarbeit mit dem Förderverein, der finanziell und personell bei der Kinderreihe Unterstützung leiste. Auf diese geht Herr Wortmann nun mit weiteren Erläuterungen ein. Besonderen Wert lege man darauf, dass in Grundschulen und Kitas Theaterpädagogik angeboten werde, um vor Ort Stücke vor- bzw. nachbereiten zu können. Das hätte dazu geführt, dass fast jede Vorstellung für Kinder und Jugendliche ausverkauft sei. Weiter würden sog. Last-Minute-Tickets für alle Veranstaltungen im Hilpert-Theater für sieben Euro angeboten, die ca. eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn von Jugendlichen, Auszubildenden etc. erworben werden könnten. Bezüglich weiterer Angebote und eingehend auf einzelne Stücke fährt Herr Wortmann in seiner Stellungnahme fort. Mit dem Herantragen der Kultur in Schulen und an Kinder befände man sich auf einem sehr guten Weg. Herr Müller-Bass nennt hierzu ergänzend einige Beispiele. Auch die erfolgreichen Kinderkonzerte der Neuen Philharmonie dürfe man nicht vergessen.

Der Vorsitzende dankt Herrn Müller-Bass und Herrn Wortmann sowohl für die Erläuterungen als auch für die Einladung ins Hilpert-Theater, die sicherlich vom neu gewählten Gremium nach der Kommunalwahl gern angenommen werde.

Punkt 3 001/14 Vergabe von Mitteln der allgemeinen Kulturförderung

Erörterung

Herr Dr. Giller macht eingangs für die FDP-Fraktion darauf aufmerksam, dass man bereits im Januar 2014 ca. 40 Prozent des Gesamtbudgets für – seiner Meinung nach – einzelne Förderungen ausgeben wolle, die nichts mit dem Kreis zu tun hätten. Er frage sich, was man in den übrigen elf Monaten ausgeben wolle, wenn kein Geld mehr da sei, insbesondere dann, wenn im Laufe des Jahres ein wirklich kreisübergreifendes Thema aufkomme. Der Appell zur Sparsamkeit stehe bei ihm an erster Stelle. Damit würde er nun auch die einzelnen Positionen ansprechen. Interessanterweise wären hier zwei Positionen aufgeführt, die sich eigentlich widersprächen: zum Einen der KreisChorVerband Unna und zum Anderen der Madrigalchor Fröndenberg. Er selbst sei Mitglied in verschiedenen Chören, die Namhaftes zu Gehör brächten; aber keiner dieser Chöre hätte einen Antrag auf Unterstützung gestellt. Und man stelle sich einmal vor, dass von 55 Chören im Kreis die Hälfte einen Antrag stellen würde, weil sie hochwertige Stücke vortrügen. Doch diese Chöre stemmten das aus eigenen Mitgliedsbeiträgen und Eintrittsgeldern oder stellten einen Antrag bei ihrer Stadt bzw. bei ihrem Kulturausschuss. Aus diesem Grunde beantrage er für diese Punkte Einzelabstimmung. Die FDP würde auf jeden Fall den KreisChorVerband unterstützen, da dieser überregional die einzelnen Chöre unterstütze und die Ausbildung für Jugendliche fördere. Die FDP sei aber auf jeden Fall dagegen, dass für Einzelkonzerte eine Ausnahme gemacht werde. Denn eine Ausnahme sei das hier, wenn ein einzelner Chor gefördert werde und alle anderen nicht. Er mache noch einmal deutlich, dass die Einzelförderung für kommunale Einrichtungen nicht in den Kulturausschuss des Kreises gehöre.

Herr Dr. Wilk bestätigt die Ansicht Herrn Dr. Gillers, dass man bei der Vergabe bei knapp 40 Prozent des Budgets stehe. Das Gesamtbudget belaufe sich auf 12.800 Euro. Er wolle jedoch noch einmal in Erinnerung rufen, dass bereits im vergangenen Jahr angekündigt worden sei, in diesem Jahr die Richtlinien genauer „unter die Lupe“ zu nehmen. So würden bestimmte Kriterien aufgenommen werden, damit die Verteilung etwas gerechter erfolgen könne. Im Übrigen betone er, dass jeder die Möglichkeit hätte, einen Antrag zu stellen. Allerdings erschienen ihm die Kriterien nicht trennscharf und belastbar genug, um später Aussagen darüber treffen zu können, nach welchen Schwerpunkten, nach welchen Kriterien man die Mittel verausgabt hätte. Generell sehe er diese Schärfe jetzt nicht, vor allem deshalb nicht, weil man, wie bereits erwähnt, in die Überarbeitung der Richtlinien gehen werde. Eine große Förderung von Einzelprojekten enthalte die Drucksache nun nicht, so Herr Dr. Wilk weiter. Im Falle des Madrigalchores würden lediglich 400 Euro das Budget zusätzlich belasten. Die zeitliche Antragssituation könne man aber sicherlich noch aufklären.

Herr Hengstenberg erklärt dazu, dass es schon immer so gewesen sei, dass Anträge bereits im letzten Quartal des Vorjahres für das Folgejahr gestellt würden. Das sei erfahrungsgemäß „der Berg“ der Anträge; danach ebbe die Antragstellung ab. Die Förderkriterien seien schon sehr grob gefasst. Das erste wichtige Kriterium wäre, dass es sich nicht um eine Veranstaltung handle, die in öffentlicher Trägerschaft stattfände. Es müsse eine private Initiative sein. Das zweite Kriterium sei, dass es eine Kulturveranstaltung sein müsse. Unter dem dritten Kriterium müsse davon ausgegangen werden, dass die Resonanz dieser Veranstaltung den engeren Rahmen übersteigen werde. Dieses gelte bei allen Zuschüssen, die in der Drucksache vorgeschlagen worden seien. Dabei wäre nicht unterschieden worden, ob es sich um eine musikalische Initiative oder eine Theaterinitiative oder ähnliches handle. Diese Vorschläge seien unterbreitet worden, weil alle die von ihm genannten drei Kriterien erfüllten. Außerdem hätte man bei allen die Förderungswürdigkeit gesehen. Die Höhe der Förderung orientiere sich immer, grob gesehen, an dem Bemühen, ein Drittel zu der noch offenen Finanzierungslücke beizusteuern.

Der Vorsitzende erinnert an die entsprechende Sitzung im vergangenen Jahr, in der die Problematik bestanden habe, dass Anträge bereits im Vorjahr für das laufende Haushaltsjahr gestellt worden seien. Damals hätte man sich im Ausschuss gemeinsam darauf verständigt, das so eben nicht tun zu wollen. Vielmehr sollten die Anträge dann behandelt werden, wenn die Genehmigung des Haushalts vorläge. Das bedinge natürlich auch, dass dort relativ viele Anträge aufgelaufen seien. Dem müsse nun Folge geleistet werden.

Herr Engelhardt weist darauf hin, dass die FDP stets gegen die Vergabe von Mitteln der allgemeinen Kulturförderung gewesen wäre. Die Ausführungen von Herrn Hengstenberg halte er aber für sehr wichtig, dass nämlich private Initiativen im kulturellen Bereich doch finanzielle Unterstützung erführen in einem äußerst überschaubaren Rahmen. Wichtig für die SPD sei auch, dass Kultur nicht nur aus Musik oder Malerei bestehe, sondern dass Kultur ganz breit angelegt und gestreut sei. Mit Zustimmung zu diesem Beschlussvorschlag setze man zwei erstaunliche Zeichen durch die Unterstützung der Jüdischen Gemeinde und auch durch die Unterstützung zur Veröffentlichung einer Arbeit zur Zwangsarbeit von Ausländerinnen und Ausländern und das in einer Zeit, in der „der faschistische Sumpf wabere“ und auch Antisemitismus immer wieder erkennbar sei. Mit der Zuschussgewährung könne der Kreis Unna kleine, aber erkennbare Zeichen gegen die von ihm angesprochenen Bereiche setzen. Auch das wäre Kulturarbeit. Die SPD-Fraktion unterstütze diese Ansicht vorbehaltlos.

Herr Feldmann erklärt für die CDU-Fraktion, dass hier mit „kleinem“ Geld viel erreicht werden könne und sich der Kreis nicht nur auf Musik und Malerei beschränke, sondern es ermögliche, wie bereits von Herrn Engelhardt ausgeführt, dass die Geschichte mit aufgearbeitet werde und auch kleine Veranstalter so Gelegenheit bekämen, Kultur zu bringen und zu leisten. Deshalb werde die CDU der Drucksache ebenfalls zustimmen.

Herr Karnas möchte für die FDP-Fraktion noch ein paar Fragen stellen, zum Beispiel zur Förderung der Nachforschungen zum Thema „Zwangsarbeit“. Um welche Art von Veröffentlichung handele es sich hier, da dies nicht konkretisiert wäre? Nach entsprechenden Erläuterungen dazu macht Herr Karnas deutlich, dass auch die FDP sich selbstverständlich gegen Rassismus stelle. Aber diese Förderung betreffend stelle sich nicht die Frage „Für oder gegen Rassismus“, sondern „Für oder gegen ein Projekt, das bereits aus kommunalen Mitteln gefördert werde“. Insofern wolle er nun die berechtigte Frage stellen, warum hier der Kreis Unna unbedingt einspringen müsse, warum nicht gleich das Land, der Bund oder Europa. Rassismus sei schließlich ein menschenfeindliches Problem, das nicht nur Bönen, sondern gleich alle beträfe. Ihm fehle da die kriteriale Trennschärfe.

Herr Hengstenberg beantwortet diese Fragen wie folgt: Das Projekt bestehe aus zwei Modulen, zum Einen aus einer Ausstellung und zum Anderen aus einer Publikation, einem 140 Seiten starken Buch, das im Klartext-Verlag erscheinen werde. Dadurch kämen noch einmal Dinge an die Oberfläche des Bewusstseins, die nicht mehr jedem Menschen klar seien.

Herr Hegewald-Gnad erklärt für den Punkt „Veröffentlichung einer Arbeit zur Zwangsarbeit“, dass er im Arbeitskreis involviert sei und sich deshalb bei der Abstimmung enthalten wolle.

Frau Streich weist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf hin, dass ihre Fraktion in den vergangenen Jahren stets der Verwaltungsvorlage zugestimmt hätte, die, so glaube sie, auch Projekte aufgeführt habe, die eindeutig über die Ebene der Kommune hinaus gegangen wären und Strahlkraft in den Kreis hinein gezeigt hätten. Zur Verdeutlichung verweise sie auf die Beschreibung der einzelnen Projekte. Ihre Fraktion werde dieser Drucksache auf jeden Fall zustimmen.

Herr Dr. Wilk macht deutlich, dass es sich hier um eines der ganz wenigen Themen handele, bei denen man sich über die aktive und relativ freie Verteilung von Geldern, zum Teil auch kontrovers, unterhalten könne. Hier gehe es ausnahmsweise mal um keine Mangelverwaltung, außer, dass man sage, dass das Budget größer sein könnte. Im Übrigen rede man hier über ein Budget von knapp 13.000 Euro. Sicher könne man noch ausführlichere Angaben zur Antragstellung und zum Projekt machen. Vielleicht, schlage er vor, könne man sich darauf verständigen, dass auf Nachfragen, wie gerade eben geschehen, die Verwaltung die Dinge transparenter machen würde. Als Drittes könnte man, so Herr Dr. Wilk, den ein oder anderen Aspekt, der hier zutage getreten sei, allerdings losgelöst vom Einzelfall, mit den zu überarbeitenden Richtlinien verbinden. Denn da könne man sich sicher darüber unterhalten, wer mit welcher Priorität unterstützt werde und in welche Richtung es überhaupt gehe.

Abschließend fasst Herr Dörner zusammen, dass die Diskussion über das, was hier beschlossen werden solle, gezeigt hätte, dass man mit dem zu Beschließenden ja eigentlich ganz Gutes leiste, aber doch mehr Klarheit brauche. Von daher sei es auch notwendig, dass die Kriterien, die es zu erstellen gelte, möglichst zeitnah vorgestellt würden. Er erinnert daran, dass die FDP Einzelabstimmung beantragt habe und gibt diesen Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen

(4 Ja-Stimmen der Fraktionen FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppe FWG
16 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppe GFL)

Sodann erfolgt die Abstimmung über die Drucksache 001/14.

Beschluss

Folgende Zuschüsse zur allgemeinen Kulturförderung werden, unter der Voraussetzung, dass ein rechtskräftiger Haushalt vorliegt, gewährt:

Die **Jüdische Gemeinde „haKochaw“ für den Kreis Unna e.V.** erhält 500,-- €, um die Finanzierungslücke für ein Konzert mit jüdischer Musik und hochkarätigen Interpreten schließen zu können.

Die Künstlergemeinschaft **REFLEX** erhält für die ART Kamen, Kunstmesse in Kamen, einen Zuschuss von 1.000,-- €.

Der **KreisChorVerband Unna-Kamen** erhält zur Erfüllung seiner Betreuungsaufgaben für 55 Chöre und Chorgruppen eine finanzielle Unterstützung von 1.000,-- €.

Der **Madrigalchor Fröndenberg** erhält 400,-- €, um in der Marienkirche zu Fröndenberg das Konzert „Missa Sancti Hyronimi“ von Michael Haydn zur Aufführung bringen zu können.

Für die **Konzertgesellschaft Schwerte** wird eine Ausfallbürgschaft (Restkostenabdeckung) in Höhe von bis zu 1.000,-- € übernommen.

Herr Lopatka und Herr Sprave erhalten für die Veröffentlichung einer Arbeit zur Zwangsarbeit von Ausländerinnen und Ausländern eine Unterstützung i. H. v. 600,-- €.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen

(2 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion, 1 Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
17 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Gruppen FWG und GFL)

Punkt 4 216/13 Beitritt des Kreises Unna als Kulturpartner in den Verein "Kulturloge Ruhr e.V."

Erörterung

Herr Dörner bezieht sich auf die in den vergangenen zwei Ausschusssitzungen geführten Diskussionen. Herr Dr. Wilk stimmt dem zu, dass das Verfahren in der Tat etwas ungewöhnlich gewesen sei, da der Beitritt zum Verein „Kulturloge Ruhr e.V.“ bereits in der Kreistagssitzung am 17.12.2013 beschlossen worden wäre. Man hätte jedoch versprochen, nach etwas mehr Recherche im heutigen Kulturausschuss noch die Modalitäten zusammenzufassen. Die Entscheidung sei bereits im Vorfeld getroffen worden, da das grundsätzliche Einverständnis von allen Beteiligten schon aufgrund der vorhandenen Informationen gegeben worden sei. Dadurch hätte die Zeit genutzt und in verschiedenen Publikationen des Kreises durch Hinweise auf die Kulturloge ein Effekt erzielt werden können. In dieser Drucksache sei jetzt alles zusammengefasst. Herr Dr. Wilk erläutert nun eingehend die Angaben des Sachberichtes. Besonders hebt er hervor, dass das Hilpert-Theater, die Lindenbrauerei oder auch das Westfälische Literaturbüro als Kulturpartner zu den Mitgliedern

zählten. Personen mit sozialer Bedürftigkeit, die an bestimmte Grenzen geknüpft seien, könnten Gäste werden. Der Kreis würde dann gern als Multiplikator auftreten und Partner ansprechen, so dass letztendlich ein größerer Personenkreis erreicht werden könne.

Herr Karnas kritisiert die Verfahrensweise. Man hätte sich schon gewünscht, dass diese Angelegenheit im Ausschuss behandelt und dann erst ausgewogen in den Kreistag gehen würde. Aber man zeige aufgrund der Zeit schon Verständnis dafür, dass dann der Kreistag entschieden habe. Insofern wäre das in Ordnung. Einen Hinweis habe er jedoch noch zur Aussage Herrn Dr. Wilks zur Multiplikator-Funktion: Er möge bedenken, dass es nicht primär Aufgabe des Kreises, sondern der Kulturloge sei, die Abnehmer zu „absorbieren“, wenn man so wolle. Seitens seiner Fraktion bestehe nur die Sorge, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung übermäßig dafür in Anspruch genommen würden; vielmehr solle die Durchführung effektiv und effizient stattfinden.

Herr Dr. Wilk macht darauf aufmerksam, dass es nur eine Informationsveranstaltung mit möglichen Sozialpartnern aus dem Kreis geben werde. Diese sollten als weitergehende Multiplikatoren eingebunden werden. Er wolle weiter darauf hinweisen, dass die Mitgliedschaft des Kreises kostenneutral wäre. Er halte dies für eine gute Sache, um am Ende mit sehr überschaubaren Mitteln einen vernünftigen Effekt zu erzielen.

Herr Marek bittet für die CDU-Fraktion darum, dass man nach ca. einem Jahr Erfahrungsberichte zusammenstellen solle, um zu erfahren, wie das alles abgelaufen sei und zu welchem Ergebnis man komme.

Frau Streich begrüßt es, dass sich der Kreis auf den Weg mache. Schließlich nenne sich der Kreis Unna ja auch „Kreis Unna – inklusiv“. Inklusiv bedeute auch, dass man versuchen solle, allen Menschen hier im Kreis auch kulturelle Teilhabe zukommen zu lassen. Deshalb freue sie sich darüber, dass über entsprechende Partner auch solche Menschen, die es sich sonst nicht leisten könnten, davon profitierten.

Die Drucksache 216/13 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Haus Opherdicke

Herr Dr. Wilk teilt mit, dass das Haus Opherdicke ab dem Jahr 2015 in die RUHR.TOP-CARD aufgenommen werde. Die TOPCARD sei eine Initiative der Ruhr-Tourismus GmbH; 100prozentige Gesellschafterin dieser GmbH sei der RVR. Die Kosten für diese Karte beliefen sich auf 49 Euro für Erwachsene und 33 Euro für Kinder. Über 100 Partner wären dabei mit ganz unterschiedlichen Attraktionen wie Spaß, Action, Bäder, Erlebnis Industriekultur und jetzt auch Schätze und Museen. Er habe gar keinen Zweifel, dass das Haus Operdicke vom qualitativen Niveau her da hinein gehöre.

2. Ankündigungen für die nächste Sitzung des Ausschusses für Kultur und Partnerschaften

Herr Dr. Wilk kündigt an, dass in der Sitzung am 18. März 2014 ein Sachstand zum Thema „Stiftung Brabant“ gegeben werde. Zwar ziehe sich dieses Thema bereits über Jahre hin, er habe aber feststellen müssen, dass es ein durchaus schwieriges Thema sei. Mitte Januar hätten er und weitere Vertreter der Verwaltung Herrn Brabant und seinen Vertreter, der sich insbesondere um die rechtlichen Belange kümmere, in Wiesbaden

getroffen. Er wolle in der kommenden Ausschusssitzung einen ausführlichen Bericht dazu geben.

Anlagen
keine

gez. Peter Dörner
Vorsitzender

gez. Cornelia Wagner
Schriftführerin